

Medienmitteilung

Bern, 14. April 2010

Kolumbianische Bauern kämpfen für nachhaltige Entwicklung – Aktivistin zu Besuch in der Schweiz

Irene Ramirez der Bauernvereinigung ACVC (Asociación Campesina del Valle del Río Cimitarra) aus Kolumbien weilt vom 11. bis 13. Mai im Rahmen einer europäischen Advocacy-Tour in der Schweiz. Sie will einerseits die Rolle der Kleinbauern in einer nachhaltigen Entwicklungsperspektive ansprechen, andererseits auf die Bedrohung und Verfolgung von MenschenrechtsverteidigerInnen in ihrem Land aufmerksam machen.

Bauernreservat für die sinnvolle Rohstoffnutzung

Die ACVC vertritt die Interessen verschiedener ruraler Organisationen (Fischerkomitees, Bauernkooperativen, Landarbeitergruppierungen, etc.) in der Region Magdalena Medio im Zentrum Kolumbiens. Die Vereinigung unterhält Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, Bildung und Gesundheit, deren Nutzniesser insgesamt 25'000 Bauern sind. Seit 1998 engagiert sich die ACVC dafür, das Tal des Cimitarra-Flusses in ein Bauernreservat umzuwandeln, um die Lebensgrundlage – das Land - der Bauern zu schützen. Die Region ist reich an Ressourcen wie Öl, Gold, Wald und Wasser, was über die Jahre internationale Rohstofffirmen angelockt hat. Für die Bevölkerung bedeutete das Reservat die Sicherstellung ihrer Landrechte, eine sinnvolle Nutzung der Rohstoffe sowie Schutz vor erneuten willkürlichen Umsiedlungen und Ausbeutung des Landes für wirtschaftliche Interessen.

BauernaktivistInnen leben gefährlich

Seit ihrer Gründung 1996 leiden die Mitglieder der ACVC unter Drohungen, willkürlicher Gefangennahme, Umsiedlungen und Folter. Viele Mitglieder gehören zu den unzähligen Verschwundenen, die der Konflikt im Land gefordert hat. Fünf ihrer Mitglieder wurden ermordet, ein Weiterer überlebte nur knapp ein von paramilitärischen Gruppen verübtes Attentat. Ende September 2007 wurden vier Mitglieder der ACVC verhaftet, das Büro der Organisation verwüstet, Computer und Dokumente mitgenommen. Am nächsten Tag gab die Presse 18 Haftbefehle gegen ACVC-Mitglieder bekannt. Viele der Betroffenen flohen aus dem Land. Haftbefehle, die jeglicher juristischen Grundlage harren, Verfolgung und Einschüchterungen gehören zum Alltag vieler AktivistInnen – so auch zu jenem der ACVC. Viele zivilgesellschaftlich Aktive, darunter Mitglieder der ACVC, werden von der Regierung beschuldigt, Handlanger der Guerilla zu sein und somit zum militärischen Ziel erklärt.

Am 30. Mai wählt Kolumbien einen neuen Präsidenten

In Kolumbien herrscht weiterhin ein Klima der Angst, das viele MenschenrechtsverteidigerInnen in die Flucht treibt. In diesem Kontext sind auch die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen zu betrachten, bei denen der jetzige Präsident Álvaro Uribe aufgrund eines Entscheids des Verfassungsgerichts nicht wie angestrebt ein drittes Mal antreten darf. Beste Chancen sein Nachfolger zu werden hat sein langjähriger Verteidigungsminister Manuel Santos, der Uribes Politik der «harten Hand» weiterführen will. Die Hoffnung auf eine Verbesserung der Menschenrechtssituation bleibt weiter fragil.

Internationale Begleitung

Peace Brigades begleitet seit über fünfzehn Jahren bedrohte MenschenrechtsverteidigerInnen in Kolumbien. 2007 wurde PBI von der ACVC um Begleitschutz angefragt. Die beiden Organisationen haben einen Annäherungsprozess eingeleitet und letztes Jahr die Begleitung aufgrund der Zunahme der anhaltend prekären Sicherheitssituation offiziell gemacht.

12. Mai, 19h Podiumsgespräch mit Irene Ramirez und Stephan Suhner (Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien im Politforum Käfigturm Bern.

Kontakt und Interviewtermine: nathalie.schmidhauser@peacebrigades.ch, 031 372 44 44